



Heikler Mix aus Distanz- und Präsenzlehre

Der Schul-Lockdown mit gleichzeitigem Fernunterricht und Vor-Ort-Betrieb führt vielerorts zu Überforderung. Die unabhängige Lehrergewerkschaft bringt eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft ein, weil sie die Schulen gefährdet sieht.

Lisa Nimmervoll, Gabriele Scherndl

Je mehr Kinder in der Schule sind, desto besser, findet die Direktorin einer Wiener Volksschule. Wie sollte sonst eine Lehrerin oder ein Lehrer einen Teil der Kinder via Distance-Learning und den anderen Teil vor Ort betreuen, fragte sie sich.

Daher schrieb sie einen Elternbrief. Eine verlässliche und sichere Lernbetreuung funktioniert nur, „wenn möglichst alle Kinder in die Schule kommen“, steht darin. Das verwunderte, prompt machte sich Empörung in sozialen Medien breit. Vorwürfe gegen die Direktorin wurden laut, die Schule würde damit suggerieren, dass eine Familie im Nachteil sei, wenn ein Kind zu Hause bleibe, hieß es.

Auf Nachfrage relativiert die Schulleiterin. Der Brief soll keineswegs als Aufforderung oder gar als Anweisung verstanden werden, sagt sie zum STANDARD, doch es diene der Sicherheit, wenn nicht zu viele zu Hause bleiben würden. Nur dann könnte man die Kinder im eigenen Klassenverband betreuen – anders müsste man die Anwesenden bunt zusammenwürfeln, was das Infektionsrisiko erst

recht erhöhen würde. Der Brief wirkte: Während im Schnitt am Dienstag etwa 85 Prozent der österreichischen Schülerinnen und Schüler zu Hause blieben, waren es in dieser Volksschule nur 20 Prozent.

Es sind Notrufe wie dieser, die die unabhängige Lehrergewerkschaft zu einem drastischen Schritt veranlassen. Die Österreichische Lehrer*innen Initiative – Unabhängige Gewerkschafter*innen für mehr Demokratie (ÖLI-UG) bringt noch diese Woche eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft Wien ein. „Wir wehren uns gegen gefährliche Versäumnisse der Regierung bei der Pandemie-Vorbereitung“, erklärt ÖLI-UG-Bundeskoordinator Josef Gary Fuchsbauer im STANDARD-Interview: „Man weiß, dass Kinder unter zehn auch ansteckend sind. Aber im Bildungsbereich ist viel zu spät gehandelt worden, und im Vergleich zu anderen Bereichen ist budgetär nichts passiert. Man hätte schon lang – auch finanziell – etwas tun können und müssen, um die Schulen sicherer zu machen.“

In der Sachverhaltsdarstellung äußern die unabhängigen Lehrervertreter den

„Verdacht, dass geeignete Gesundheitschutzmaßnahmen wider besseres Wissens nicht ergriffen werden und es so zur vorsätzlichen Gefährdung von Menschen durch übertragbare Krankheiten nach § 178 Strafgesetzbuch kommt bzw. dass Amtsmissbrauch vorliegen könnte, wenn wesentlich die wissenschaftliche Faktensituation ignoriert wird, dass auch Schulkinder von Covid-19-Infektionen betroffen sind und das Virus verteilen“, sagt Fuchsbauer. Und: „Die Lehrkräfte sind überfordert von gleichzeitigem Präsenz- und Fernunterricht.“

Nicht zu viel Onlineunterricht

Derweil hat das Bildungsministerium den Schulen empfohlen, dass digitale Liveformate wie Videokonferenzen an den AHS-Unterstufen, Mittelschulen und Polytechnischen Schulen „mit Augenmaß“ eingesetzt werden sollen. Die Schülerinnen und Schüler sollten „nicht durchgehend viele Stunden am Stück in Online-sessions verbringen“. Dazwischen brauche es auch Phasen, in denen sie selbstständig an ihren Aufgaben arbeiten.

Für Volksschulen, wo Videokonferenzen seltener sind und wesentlich häufiger Betreuung vor Ort in Anspruch genommen wird, schlägt das Ministerium mehrere Organisationsvarianten vor. So können etwa alle Klassenlehrer einer Schulstufe die Arbeitsaufträge für die Kinder pro Woche gemeinsam vorbereiten und sich dann bei der Betreuung bzw. beim Distance-Learning abwechseln.

Die Schulen entscheiden autonom über den Personaleinsatz, aber für die Betreuung in der Schule sind primär jene Lehrkräfte heranzuziehen, die ansonsten „unterbeschäftigt“ wären – weil etwa weil Freigegegenstände oder unverbindliche Übungen entfallen, heißt es.

Das digitale Ausstattungsproblem soll hingegen ab dem Schuljahr 2021/2022 erledigt sein. Am Mittwoch passierte der Gesetzesentwurf den Ministerrat, mit dem alle Schüler der fünften Schulstufe (erste Klasse AHS/Mittelschule/Sonderschule) stark verbilligt oder gratis mobile Endgeräte wie Notebooks oder Tablets erhalten.

Interview mit Josef Gary Fuchsbauer: [derStandard.at/Bildung](https://derstandard.at/Bildung)

Experten warnen vor Langzeitfolgen für viele Kinder

Die Pandemie führt zu einer Verschärfung der Ungleichheit, zeigt ein Lagebericht – Ruf nach eigenem Ministerium

Julia Palmay

Wir sind durch die Krise resilienter geworden. Die Bevölkerung hat überraschend gut mitgearbeitet, bürokratische Prozesse wurden optimiert, die medizinische Versorgung bleibt aufrecht. Es scheint, als hätten alle aus den Fehlern und Versäumnissen im Frühjahr gelernt. Nach den erneuten Schulschließungen warnen Expertinnen und Experten der Österreichischen Liga für Kinder und Jugendgesundheit aber nun vor den langfristigen Folgen für die nächste Generation. Der jährliche Lagebericht wurde am Mittwoch präsentiert.

„Der zweite Lockdown wird uns zwar nicht mehr aus dem Gleichgewicht bringen. Die Ungleichheiten bei Kindern und Jugendlichen aber weiter verschärfen“, erklärt Hedwig Wöfl, Vizepräsidentin der

Kinderliga und Geschäftsführerin der Kinderschutzorganisation Möwe. Bereits vor der Krise gab es massive Diskrepanzen bezüglich Gesundheitsrisiken und Bildungschancen, also letztlich der Lebensqualität, sagt Christoph Hackspiel, Präsident der Kinderliga. Mangelnde Bildungschancen, die mit dem sozioökonomischen Status der Eltern korrelieren, sind in Österreich besonders gravierend. Gewalterfahrungen, psychische Leiden, geringe Bildungsmöglichkeiten und Armut bedeuten verminderte Teilhabechancen und sind oft die Ursache für chronische körperliche und psychische Krankheiten, heißt es.

Für Caroline Culen, Psychologin und Geschäftsführerin der Liga, deshalb auch höchste Zeit, Angebote für psychologische und psychotherapeutische Versorgung zu verstärken und für alle leistbar



Foto: Jana Madzigon

Psychologin Caroline Culen fordert mehr Angebote für Kinderschutz.

und wohnortnah verfügbar zu machen. Seitens der politisch Verantwortlichen gebe es dringenden Handlungsbedarf. „Wir müssen die Weichen in Österreich neu stellen“, betont sie nachdrücklich.

Internationale Umfragen und Rückmeldungen von Mitgliedsorganisationen untermauern die Forderungen. „Corona zeigt uns eine seit vielen Jahren triste

Situation für etwa 25 Prozent unserer Kinder, das sind jene, die in Armut oder Armutsgefährdung leben und dadurch eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten haben“, so Hackspiel. Ihre Talente und Ressourcen werden zu wenig gefördert.

Die Wirtschaft erhalte hingegen Milliarden an Förderungen und Entschädigungen. „Eine Milliarde mehr für spezifische Anliegen der Prävention für Kinder und Jugendliche wäre ein Klacks“, betont Hackspiel. Er plädiert für die Einführung eines Ministeriums für Kinder, die immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. Damit würde man „ein politisches Zeichen setzen“ und „Minderjährige in den Fokus rücken“. Gerade in dieser belastenden Krise müsse bei politischen Entscheidungen und bei Investitionen zur Schadensbegrenzung das Interesse von Kindern im Zentrum stehen.